

Interviewpartner: Dietmar Nietan (MdB)

Thema: Innovationsregion Rheinisches Revier

Herr Nietan, Sie waren „Geburtshelfer“ bei der Innovationsregion Rheinisches Revier. Was ist das eigentlich, und welches sind die Ziele?

Die Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) ist ein Programm der Landesregierung NRW. Es wurde auf meine Anregung hin mit der Unterstützung meines Bundestagskollegen Oliver Krischer bereits 2010 in den Koalitionsvertrag der damaligen Minderheitsregierung aufgenommen und dann im Koalitionsvertrag 2012 der jetzigen Landesregierung präzisiert. Ziel des Programms ist es, möglichst viele Akteure im Rheinischen Revier an einen Tisch zu bringen, um bereits heute durch entsprechende strukturpolitische Initiativen die Zeit nach dem Auslaufen der Braunkohleförderung vorzubereiten. Das Rheinische Revier soll dabei auf der Basis seiner wirtschaftlichen Stärken zu einer Modellregion entwickelt werden, in der in beispielhafter Weise die Energiewende durch eine moderne und nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik vorangebracht wird.

Das Spannende an diesem Landesprogramm ist, dass die Landesregierung den Akteuren in der Region die Ressourcen zur Verfügung stellt, um vor Ort die Modellprojekte für eine innovative Industrie- und Strukturpolitik selbst zu entwickeln. Hier soll also nicht von oben nach unten etwas aufgedrückt werden, sondern die Akteure in der Region haben die Entwicklung selbst in der Hand. Einen solchen Ansatz hat es bisher in der Landesstrukturpolitik noch nicht gegeben. Und immerhin stellt die Landesregierung der IRR dafür in den nächsten 5 Jahren rund 500.000 Euro jährlich zur Verfügung.

Welche Handlungsakteure treiben das Projekt voran?

Es gibt eine weitere Besonderheit bei diesem Projekt: Uns war es sehr wichtig, insbesondere die Akteure aus Unternehmen und Wirtschaft von Anfang an in den Prozess einzubinden und diesen dabei auch eine starke Stellung einzuräumen. Deshalb haben wir uns dazu entschieden, die IHK Aachen mit der Einrichtung und Führung der Geschäftsstelle für die Innovationsregion zu betrauen. Mit Herrn Drewes und Herrn Linden haben wir dabei zwei engagierte Partner in der IHK gefunden, die sich in herausragender Weise darum bemühen, auch innerhalb der IHKs des Rheinlandes und innerhalb der Unternehmerschaft weitere aktive Unterstützer für dieses Projekt zu finden.

Deshalb möchte ich auch hier noch einmal Werbung für die Innovationsregion machen und hoffe, dass viele Unternehmer bald erkennen, welche große Chance die Innovationsregion bietet, sich direkt in die Strukturpolitik einzubringen.

Wenn sich nämlich der 40-köpfige Beirat des Projektes trifft, sitzen dort fünf Staatssekretäre der Landesregierung, die beiden Regierungspräsidentinnen aus Köln und Düsseldorf, die Rektoren von Universitäten und Forschungseinrichtungen, Gewerkschaften, Abgeordnete aus Land- und Bundestag, Landräte und Bürgermeister mit den Vertretern aus der Wirtschaft und den Unternehmen gleichberechtigt an einem großen Tisch. Diese Art der direkten Zusammenarbeit all dieser Ebenen und Institutionen ist ein absolutes Novum in der Landesstrukturpolitik. Diese Chance der direkten Kommunikation scheinen aber alle Akteure noch „lernen“ zu müssen. Die Potenziale, die in dieser Form der Zusammenarbeit liegen, müssen noch besser genutzt werden.



Dietmar Nietan (MdB)

Wie kann verhindert werden, dass dieselben Themen, wie z. B. Übergang Schule/Beruf in unterschiedlichen Zirkeln (z. B. im Rahmen der Innovationsregion) immer wieder diskutiert werden, zentrale Handlungsakteure aber immer dieselben sind?

Die Innovationsregion Rheinisches Revier sprengt die bisherigen geografischen Grenzen strukturpolitischer Prozesse. Sie umfasst sowohl Teile der Regio Aachen, als auch Teile der Region Köln/Bonn. Sie reicht aus dem Regierungsbezirk Köln in den Regierungsbezirk Düsseldorf hinein. Daraus wird schon deutlich, dass die Innovationsregion nur dort aktiv werden kann und soll, wo strukturpolitische Prozesse über die üblichen Grenzen von Regierungsbezirken oder Regionen hinausgehen.

Damit gilt gerade für die IRR das Prinzip der Subsidiarität. Alles was die AGIT oder der Zweckverband Aachen auf seinem „Territorium“ machen kann, soll auch hier geschehen und nicht in der IRR: Wenn es aber darum geht, in der Frage der Fachkräftegewinnung oder bei den Innovationspotentialen auf die spezifischen Industriestrukturen zurückzugreifen, die durch den Abbau und die Verstromung der rheinischen Braunkohle

geprägt sind, muss die IRR aktiv werden. Denn diese Strukturen finden wir zum Beispiel sowohl in Eschweiler, in Grevenbroich, in Niederzier oder auch in Bergheim-Niederaußem.

Schon an diesem Beispiel kann man leicht erkennen, dass wir zu kurz springen würden, wenn sich hier nur alleine die Region Köln/Bonn oder der Rhein-Kreis-Neuss oder der Zweckverband Aachen um das Thema kümmern würden. Letztlich muss es darum gehen, die Erfahrungen, die Politikansätze und Projekte aus den verschiedenen Teilregionen immer dann, wenn es um das Rheinische Revier als Ganzes geht, im Beirat der IRR zu sammeln, zu koordinieren und dann zu entscheiden, welcher Akteur sich um was kümmert.

Eine ganz andere Frage: Die von Herrn Steinbrück vorgestellten Steuererhöhungspläne treffen vor allem den Mittelstand. Oder können Sie uns da beruhigen?

Angesichts der auf lange Sicht belastenden Missverhältnisse zwischen Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und Leistungsbilanzdefiziten innerhalb der EU ist es dringend erforderlich, die Binnennachfrage in Deutschland anzukurbeln. Entsprechende Investitionen in Infrastruktur, in Bildung und Forschung müssen vor dem Hintergrund der Schuldenbremse finanziert werden. Auch wenn es unstrittig ist, dass es im Bundeshaushalt noch Einsparpotenziale gibt, ist es jedem, der an einer positiven Zukunftsentwicklung unseres Landes interessiert ist, völlig klar, dass wir auch an der Einnahmeseite unseres Staatshaushaltes etwas tun müssen.

In den Giftschränken der jetzigen Bundesregierung schlummern Pläne zur Erhöhung der Verbrauchssteuern. Denn auch die Union weiß, dass sie Zukunftsinvestitionen, Haushaltskonsolidierung und Schuldenbremse ohne Steuererhöhungen nicht in den Griff bekommen wird. Aber

nach alter Merkelscher Manier schweigt man darüber besser vor den Wahlen. So wie Frau Merkel auch geschickt die Details der weiteren europäischen gemeinsamen Wirtschaftspolitik wie auch der Bankenunion auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben hat.

Diese Politik wird den Mittelstand viel mehr belasten, als die nun wirklich maßvollen Steuererhöhungen, welche die SPD plant. Steinbrück hat vorgeschlagen, den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent anzuheben ab einem zu versteuernden Einkommen für Singles von 100.000 Euro beziehungsweise 200.000 Euro für Verheiratete. Das betrifft 5 Prozent der deutschen Steuerzahler, die sich ein wenig mehr Steuern für das Gemeinwohl sicher leisten können.

Ich halte diese Politik für mittelstandfreundlicher und ehrlicher als die Erhöhung von Verbrauchssteuern, die nicht nur die Binnennachfrage gefährden, sondern in besonderer Weise die sozial Schwachen treffen. (So)